



Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

An die
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ. BMVIT-10.000/0002-I/PR3/2017
DVR:0000175

Wien, am 31. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Schmid und weitere Abgeordnete haben am 1. Februar 2017 unter der **Nr. 11674/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Flüchtlinge im Bahnhofsgebäude gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Fragen 1 bis 5:

- *Wie lässt sich in diesem Objekt die Unterbringung von Asylwerbern begründen?*
- *Übergriffe asylwerbender bzw. asylberechtigter Personen sind zunehmend bekannt. Wie lässt sich eine gemeinsame bzw. Doppelnutzung begründen?*
- *Der ÖBB werden bekanntlich Gratistransporte asylwerbender Personen nachgesagt. Ist die ÖBB nunmehr dem durchaus finanzträchtigen Bereich der Asyl-Quartiergeber zuzuordnen?*
- *Ist daran gedacht, den Mehraufwand der Zugbegleiter abzudecken?*
- *Mit welcher Begründung werden neue, umstrittene Quartierstandorte aktiviert, wenn zahlreiche andere Unterkünfte nicht ausgelastet sind?*

Die gestellten Fragen fallen in die operative Verantwortung der Unternehmensorgane und nicht in meine Ingerenz. Es wird auf Artikel 52 8-VG und § 90 GOG des Nationalrates verwiesen.

Mag. Jörg Leichtfried

